

# Geldbußen im EU-Wettbewerbsrecht

Einleitung.....	21
I. Kapitel: Primärrechtliche und theoretische Grundlagen.....	25
§ 1 Primärrechtliche Durchführungsvorschriften für die Wettbewerbsregeln .....	25
1) Art. 84 EG .....	25
2) Art. 85 EG .....	25
§ 2 Der Erlass von sekundärrechtlichen Durchführungsvorschriften gemäß Art. 83 EG.....	26
1) Welches Organ der EU hat die Befugnis, Geldbußen aufgrund der von Art. 83 Abs. 2 a EG erlassenen Durchführungsvorschriften zu verhängen? .....	27
a) Kritik: Der Rat hat die Entscheidungsbefugnis in Bußgeldsachen zu unbestimmt an die Kommission übertragen.....	28
b) Rechtsprechung.....	28
c) Stellungnahme.....	28
2) Durchführungsverordnungen.....	29
§ 3 Das Primärrecht: Die verbotenen Verhaltensweisen und die Rechtsfolgen .....	29
1) Die staatsgerichteten Wettbewerbsregeln im weiteren Sinn .....	29
2) Die Sanktionen gegen Staaten.....	30
3) Die Wettbewerbsregeln für private und öffentliche Unternehmen .....	31
a) Einführung .....	31
b) Aufbau und Rechtswirkungen der Wettbewerbsregeln .....	32
aa) Art. 81 EG.....	33
aaa) Das Merkmal des Bezweckens und die verschiedenen Formen der Koordinierung.....	33
bbb) Das Merkmal des Bewirkens.....	35
bb) Art. 81 und Art. 82 EG .....	36
aaa) Die Spürbarkeit der Wettbewerbsbeschränkung .....	36
bbb) Ein oder kein subjektives Element .....	37
cc) Die Nichtigkeitssanktion .....	37
aaa) Art. 81 Abs. 2 EG .....	37
bbb) Die Nichtigkeitssanktion gemäß Art. 82 EG in Verbindung mit dem nationalen Recht .....	39
ccc) Zwischenergebnis zur Nichtigkeitssanktion.....	39
§ 4 Der Zusammenhang der Wettbewerbsregeln mit wirtschaftswissenschaftlichen Erkenntnissen.....	40
1) Der Wettbewerb in der Wettbewerbstheorie.....	40
a) Die Preistheorie und die empirisch erfassbaren Wettbewerbsfunktionen .....	41
aa) Der wirksame Wettbewerb .....	43
aaa) Die Produktionseffizienz.....	43

bbb)	Die Allokationseffizienz .....	44
ccc)	Die dynamische Effizienz .....	44
bb)	Die Umverteilung durch Überzahlungen und weitere soziale Kosten beim Monopol.....	45
aaa)	Die sozialen Kosten des Monopols .....	47
(1)	Die Wohlfahrtsverluste der Nachfrager .....	47
(2)	Die Einsparungen des Monopolisten .....	48
(3)	Die besonderen Investitionen in den Erhalt des Monopols .....	49
(4)	Die gemeinen Kosten der Monopolorganisation .....	49
(a)	Die interne Kontrolle.....	50
(b)	Die externe Marktkontrolle neben der Errichtung von Marktzutrittschranken und die Existenzvernichtung .....	51
(5)	Die Produktionseffizienz und die dynamische Effizienz im Monopol .....	51
bbb)	Die Überzahlung und die Umverteilung.....	52
(1)	Die geminderte Konsumentenrente .....	52
(2)	Die gesteigerte Produzentenrente .....	53
(3)	Preisschirmeffekte .....	53
2)	Die Wettbewerbspolitik.....	55
a)	Der Binnenmarkt.....	55
aa)	Vertikale Wettbewerbsbeschränkungen im Binnenmarkt .....	57
b)	Der Begriff des Wettbewerbs im Primärrecht.....	58
II. Kapitel:	Bußgeldsanktionen gemäß Art. 23 Abs. 2 S. 1 a VO 1.....	61
§ 1	Sanktionscharakter der Geldbußen .....	61
1)	Die Zwecke der Geldbuße.....	62
a)	Repressive Funktion.....	63
aa)	Der fehlende strafrechtliche Charakter der Entscheidungen gemäß Art. 23 VO 1 und der Schuldgrundsatz (Art. 23 Abs. 5 VO 1) im Wettbewerbssanktionsrecht.....	64
aaa)	Argumente für die Geltung des Schuldgrundsatzes .....	65
(1)	Die Rechtsprechung zur „Nachhaftung“.....	65
bbb)	Argumente gegen die Geltung des Schuldgrundsatzes .....	66
ccc)	Stellungnahme .....	67
ddd)	Die moralische Verwerflichkeit .....	69
(1)	Die Vereinigten Staaten von Amerika .....	70
(2)	Großbritannien .....	71
(3)	Das geltende EU-Recht .....	71
(a)	Argumente für die moralische Verwerflichkeit.....	72
(b)	Argumente gegen einen moralischen Tadel.....	73
(c)	Stellungnahme .....	73
(d)	Strafrecht in der Gesetzgebung der EG.....	74
b)	Präventive Funktion.....	75
aa)	Generalprävention.....	75
aaa)	Positive Generalprävention .....	75

bbb) Negative Generalprävention .....	76
bb) Spezialprävention .....	76
c) Gewinnabschöpfung .....	76
d) Gewichtung der Sanktionszwecke .....	77
e) Zweck der Veröffentlichung der Bußgeldentscheidung .....	79
aa) Präventiver Charakter der Veröffentlichung? .....	79
bb) Repressiver Charakter der Veröffentlichung? .....	79
§ 2 Die Kronzeugenregelung für Kartelle und die Geldbußen .....	79
1) Strafgerichtigkeit und Verfahren .....	81
2) Theoretische Begründung für die Anwendung des Kronzeugenmodells .....	81
§ 3 Vergleichsverfahren in Kartellfällen .....	81
§ 4 Die weiteren finanziellen Sanktionen .....	82
1) Sanktionen im Wettbewerbsverfahren neben Art. 23 Abs. 2 S. 1 a VO 1 .....	82
a) Geldbußen für Verfahrensverstöße gemäß Art. 23 Abs. 1 und Abs. 2 VO 1 .....	82
b) Zwangsgelder gemäß Art. 24 VO 1 .....	82
c) Funktionsunterschiede von Geldbußen und Zwangsgeldern .....	83
d) Finanzielle Sanktionen im Verfahren der Fusionskontrolle .....	83
e) Schlussbemerkung zu den finanziellen Sanktionen gemäß VO 1 .....	84
§ 5 Verhaltensanordnungen .....	85
1) Feststellung und Abstellung der Zuwiderhandlung gemäß Art. 7 VO 1 .....	85
a) Die weiter gehenden Abstellungsanordnungen .....	87
aa) Verhaltensorientierte Maßnahmen .....	87
bb) Abhilfemaßnahmen struktureller Art .....	88
2) Verpflichtungszusagen gemäß Art. 9 VO 1 .....	89
§ 6 Das Verhältnis zwischen der öffentlich-rechtlichen und der privaten Rechtsdurchsetzung: Die Gewinnabschöpfung bei der Bußgeld- bemessung und der zivilrechtliche Ersatz des Vermögensschadens .....	89
1) Das Verbot der Mehrfachahndung .....	90
a) Die Gewährung von Strafschadensersatz durch die mitgliedstaatlichen Gerichte .....	91
b) Die Gewährung des einfachen Schadensersatzes durch die mitgliedstaatlichen Gerichte .....	92
2) Das Verhältnis zwischen der Geldbuße und dem einfachen Schadensersatz .....	92
a) Art. 16 Abs. 1 VO 1 .....	92
b) Das Urteil des EuGH in der Rechtssache Manfredi .....	93
c) Ansicht des Generalanwaltes Geelhoed .....	93
d) Ansicht der Kommission .....	93
e) Zusammenfassung .....	94
f) Das Äquivalenzprinzip .....	94
g) Die fehlende Unterscheidung von Verfahren, Sanktionen und Schadensersatzansprüchen im EU-Recht .....	95

h) Stellungnahme .....	96
<b>III. Kapitel: Der äußere Rahmen der Bußgeldbemessung: Ermessen gemäß</b>	
Art. 23 Abs. 2 und Abs. 3 VO 1 .....	97
§ 1 Selbstbindung und Strafgleichheit .....	97
1) Einführung .....	97
2) Selbstbindung durch die Veröffentlichung der Leitlinien .....	98
3) Der Gleichbehandlungsgrundsatz bei der Bußgeldbemessung .....	99
a) Gleichbehandlung bei der Sanktionierung verschiedener Zu widerhandlungen .....	99
b) Gleichbehandlung bei der Sanktionierung einer kollektiven Zu widerhandlung .....	100
aa) Der Grundsatz „keine Gleichbehandlung im Unrecht“ .....	101
bb) Die ungerechtfertigte Ausnahme .....	101
c) Pauschalierung von Umsatzgrößen .....	103
4) Die Leitlinien in der Rechtsprechung .....	103
§ 2 Das einheitliche Ermessen: Die Geldbuße und das Eingreifen der Obergrenze .....	104
1) Stellungnahme .....	107
<b>IV. Kapitel: Die Begründungspflicht, der Grundsatz der Vorhersehbarkeit der Sanktion und die Transparenz .....</b>	
§ 1 Die Begründungspflicht .....	109
1) Die Entwicklung der Begründungspflicht für das Verhängen von Geldbußen .....	109
a) Die Anfangszeit der Sanktionspolitik .....	109
aa) Stellungnahme .....	111
b) Entwicklung der tatsächlichen gegebenen Begründung bei der Anwendung der Leitlinien 1998 .....	113
§ 2 Die Vereinbarkeit der Sanktionsnorm mit dem Grundsatz der Bestimmtheit und der Gesetzmäßigkeit der Strafe .....	114
1) Einführung .....	114
2) Die Argumente der Kritik .....	116
a) Die Obergrenze verstößt gegen die Kompetenzordnung des EG- Vertrages .....	116
b) Das gesetzlich unbegrenzte und praktisch ungeprüfte Ermessen .....	117
aa) Entschließungsermessen und allgemeine Rechtsgrundsätze .....	117
bb) Der Verstoß gegen das Analogieverbot .....	119
cc) Die Folgen der fehlenden Bestimmtheit der Sanktionsnorm .....	119
3) Die Argumentation des EuG, des Rates und der Kommission .....	120
a) Die Obergrenze und die Kompetenzordnung des EG-Vertrages .....	120
b) Die Bestimmtheit der Sanktionsnorm .....	120
aa) Der Tatbestand gemäß Art. 23 Abs. 2 S. 1 a VO 1 .....	120
bb) Das Ermessen gemäß Art. 23 Abs. 2 S. 1 a und Abs. 3 VO 1 .....	121

4) Stellungnahme .....	122
a) Einführung .....	122
b) Die Transparenz, die Vorhersehbarkeit der Höhe der Geldbuße und die Begründung der Sanktionsentscheidung .....	123
aa) Der Begriff der Transparenz .....	123
bb) Zwischenergebnis.....	125
cc) Die Transparenz im Wettbewerbsstrafrecht .....	126
aaa) Das Akteneinsichtsrecht und die Transparenz in Wettbewerbsstrafsachen.....	126
dd) Stellungnahme zur Transparenz in Wettbewerbsstrafsachen .....	127
c) Die Obergrenze und die Kompetenzordnung des EG-Vertrages .....	128
d) Die Bestimmtheit der Rechtsfolge der Sanktionsnorm.....	129
aa) Die Festsetzung, Recht und Entscheidungspraxis .....	129
aaa) Die Spielräume der Leitlinien 2006 .....	130
bbb) Der Vergleich der Leitlinien 2006 mit den Leitlinien 1998 .....	131
ccc) Die Dauer der Zuwiderhandlung .....	131
ddd) Die Schwere der Zuwiderhandlung .....	132
bb) Kein Verstoß gegen das Analogieverbot und das Rückwirkungsverbot .....	134
aaa) Das Analogieverbot gemäß Art. 7 Abs. 1 S. 1 EMRK .....	134
bbb) Das Rückwirkungsverbot gemäß Art. 7 Abs. 1 S. 2 EMRK .....	135
(1) Berücksichtigung neuer erschwerender Umstände.....	135
(2) Die rückwirkende Anwendung neuer Leitlinien und Änderung der Bemessungsmethode .....	136
(a) Rechtsprechung.....	136
(b) Stellungnahme zur Sanktionssteigerung, Wiedereinführung des produktbezogenen Umsatzes und der größeren Bedeutung der Dauer der Zuwiderhandlung .....	137
cc) Die Kontrolle durch die Rechtsprechung .....	138
5) Ergebnis zu § 2 .....	139
V. Kapitel: Die Unternehmen und deren Verschulden .....	141
§ 1 Die Unternehmenshaftung.....	141
1) Bestimmung der wirtschaftlichen Einheit.....	141
a) Zurechnungskriterien .....	142
b) Haftungsvermutung .....	143
2) Auswahl des oder der Adressaten der Bußgeldentscheidung.....	146
a) Gesamtschuldnerische Haftung.....	147
b) Die Kritik an der Zurechnung und der Bestimmung der Bußgeldobergrenze bei der gesamtschuldnerischen Haftung .....	148
aa) Nicht jede rechtliche und wirtschaftliche Beziehung rechtfertigt die gesamtschuldnerische Haftung.....	148
bb) Folgeprobleme bei der Antragstellung nach der Kronzeugenmitteilung.....	148
c) Stellungnahme.....	148

aa)	Die rechtlichen und wirtschaftlichen Beziehungen .....	148
bb)	Folgeprobleme .....	149
§ 2	Verschulden von Unternehmen .....	150
1)	Der Nachweis des Verschuldens der natürlichen Personen .....	151
2)	Begründung des EuGH zum Unternehmensverschulden .....	152
3)	Stellungnahme .....	152
4)	Vergleich mit der respondeat superior-Doktrin im Common Law .....	153
a)	Verschuldetes Handeln des Angestellten .....	154
b)	Handeln im zugewiesenen Wirkungsbereich .....	154
c)	Die Absicht, den Nutzen des Arbeitgebers zu steigern .....	154
d)	Übereinstimmungen und Unterschied .....	155
5)	Vorsatz .....	155
6)	Fahrlässigkeit .....	156
§ 3	Tatbestand und Rechtswidrigkeit in der Sanktionsnorm .....	156
§ 4	Verschulden bei der Sanktionsbemessung .....	158
1)	Neuere Rechtsprechung und Entscheidungspraxis .....	158
2)	Leitlinien .....	159
3)	Stellungnahme .....	160
VI. Kapitel: Der Begriff der fortgesetzten Zuwiderhandlung als typische Begehungsform bei komplexen Kartellen .....		161
§ 1	Die Verfolgungsverjährung gemäß Art. 25 Abs. 2 S. 2 VO 1 .....	161
§ 2	Die fortgesetzte Zuwiderhandlung bei Art. 81 Abs. 1 EG .....	161
1)	Der Grundsatz der persönlichen Verantwortlichkeit .....	162
2)	Die Begründung für die Zurechnung .....	163
3)	Die Voraussetzungen der Zurechnung .....	164
a)	Der Gesamtplan und die Durchführung .....	164
b)	Die fortdauernde Koordinierung .....	164
c)	Die Zielsetzung der Einzelakte .....	164
d)	Die individuelle Kenntnis über das Verhalten der anderen Tatbeteiligten .....	164
4)	Die Anwendung des Begriffs der fortgesetzten Zuwiderhandlung in der Entscheidung Methacrylate .....	165
5)	Die Kritik .....	166
a)	Die fortgesetzte Zuwiderhandlung im Verjährungsrecht und der Bestimmtheitsgrundsatz .....	166
b)	Die Einwände gegen die materiellrechtliche Bedeutung der fortgesetzten Zuwiderhandlung .....	167
c)	Die Kritik an den Entscheidungen Methacrylate, Nintendo, Nadeln und Fernwärmetechnik-Kartell .....	167
6)	Stellungnahme .....	169
a)	Das Verjährungsrecht und der Bestimmtheitsgrundsatz .....	169

b)	Die materiellrechtliche Bedeutung der fortgesetzten Zuwerhandlung .....	170
aa)	Die Übernahme des Verschwörungsbegriffs aus dem Common Law? .....	174
bb)	Stellungnahme .....	174
c)	Zu den einzelnen Entscheidungen .....	175
aa)	Zuwerhandlungen auf mehreren Märkten, auf denen sämtliche beteiligten Unternehmen tätig sind .....	175
bb)	Zuwerhandlungen auf mehreren Märkten, auf denen nicht sämtliche beteiligten Unternehmen jeweils tätig sind .....	175
aaa)	Die Rechtssache Ventouris .....	176
bbb)	Die Entscheidung Spezialgraphit im Vergleich zur Entscheidung Methacrylate .....	176
(1)	Die Notwendigkeit der marktbezogenen und getrennten Behandlung .....	178
VII. Kapitel: Die Leitlinien 2006 .....		179
§ 1	Die Berechnung des Grundbetrages nach den Rn. 10, Rn. 12-26 Leitlinien 2006 .....	179
1)	Die Schwere der Zuwerhandlung .....	179
a)	Quantitative Kriterien und Grundlagen .....	182
b)	Der Umsatz als Abstraktion .....	182
aa)	Kritik .....	183
bb)	Stellungnahme .....	183
cc)	Vergleich mit der Praxis im US-Antitrustrecht .....	184
dd)	Die Ausnahme zu dieser Abstraktion .....	185
ee)	Welcher Umsatz? .....	185
aaa)	Produktbezogener Umsatz .....	186
(1)	Produktbezogener Umsatz und das Verbot der Mehrfachahndung .....	186
(a)	Mehrfachahndung durch die Kommission und Drittstaaten .....	186
(b)	Mehrfachahndung durch die Kommission und die Mitgliedstaaten .....	187
bbb)	Gesamtumsatz .....	188
ccc)	Keine Wahl des „relevanten“ Umsatzes .....	188
ddd)	Umsatzberechnung .....	189
(1)	Kritik an der Berücksichtigung konzerninterner Umsätze .....	190
(2)	Antwort der Rechtsprechung .....	190
(3)	Stellungnahme .....	190
(4)	Unmittelbarer und mittelbarer Zusammenhang beim produktbezogenen Umsatz nach Rn. 13 Leitlinien 2006 .....	191
(a)	Unmittelbarer Zusammenhang .....	191
(b)	Mittelbarer Zusammenhang .....	191
(aa)	Argumente für die Definition des relevanten Marktes bei der Bestimmung des mittelbaren Zusammenhanges .....	192

(bb) Argumentation der Rechtsprechung.....	192
(cc) Stellungnahme .....	193
(5) Die Wahl des letzten vollständigen Geschäftsjahres für die Umsatzbestimmung .....	193
(a) Kritik.....	194
(6) Ermittlungspflichten der Kommission .....	195
(7) Die räumlich beschränkte Sanktionsgewalt, Rn. 18 Leitlinien 2006.....	195
c) Konkrete Auswirkungen der Zuwiderhandlung .....	196
aa) Die konkreten Auswirkungen und die EU-Wettbewerbsregeln .....	197
aaa) Das Beweismaß für die Tatbestandsmerkmale der Wettbewerbsregeln .....	197
bbb) Der unmittelbare Nachweis .....	198
ccc) Der mittelbare Nachweis .....	198
ddd) Kontrolle durch die Rechtsprechung .....	198
eee) Art. 81 Abs. 1 EG .....	199
(1) Bezweckte Wettbewerbsbeschränkungen und die spürbare Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels .....	199
(2) Bewirkte Wettbewerbsbeschränkungen.....	200
(3) Zwischenergebnis.....	201
fff) Missbrauch gemäß Art. 82 EG.....	201
bb) Sanktionsnorm und Leitlinien 1998 .....	203
aaa) Die konkreten Auswirkungen in den Leitlinien 1998.....	204
bbb) Beweismaß und Methode .....	206
(1) Beweismaß.....	206
(a) Zuwiderhandlungen gegen Art. 81 EG.....	207
(aa) Preisfestsetzung.....	207
(bb) Marktaufteilung.....	207
(cc) Komplexe Kartelle .....	208
(2) Methode bei Zuwiderhandlungen gegen Art. 81 EG .....	208
(a) Beweisführung .....	208
(b) Der Abgleich der Beweismittel mit Hypothesen .....	210
(3) Methode bei Zuwiderhandlungen gegen Art. 82 EG .....	210
ccc) Vergleich mit den US Federal Sentencing Guidelines.....	211
cc) Sachverstand und Sachverständige vor der Kommission und den Luxemburger Gerichten .....	211
aaa) Gegenbeweis .....	212
(1) Wirtschaftswissenschaftliche Gutachten .....	213
(2) Die Anwendung ökonomischer Methoden .....	214
bbb) Tatsachenkontrolle und Ermessensprüfung durch das EuG .....	216
(1) Die Rechtsprechung in der Rechtssache Tetra Laval .....	217
(a) Argumente für die Übertragung der Grundsätze aus der Rechtssache Tetra Laval .....	218
(b) Gegenargumente .....	218
(c) Zwischenergebnis .....	218

(2) Beispiele aus der Praxis der Kommission und der Rechtsprechung.....	219
(a) Beweisführung der Kommission und Prüfung des unternehmerischen Vorbringens: Entscheidung in der Rechtssache <i>Kupfer-Installationsrohre</i> .....	219
(b) Prüfung des unternehmerischen Vorbringens durch das EuG.....	220
(aa) Urteil in der Rechtssache <i>Scandinavian Airlines</i> .....	220
(bb) Urteil in der Rechtssache <i>Bolloré</i> .....	220
(cc) Urteil in der Rechtssache <i>Raiffeisen Zentralbank Österreich</i> .....	221
(3) Ergebnis zur Anwendung der Grundsätze aus der Rechtssache <i>Tetra Laval</i> .....	221
dd) Stellungnahme zur gerichtlichen Überprüfung des Nachweises der konkreten Auswirkungen durch die Kommission.....	222
ee) Die „etwaige Umsetzung der Zuwiderhandlung“ in den Leitlinien 2006 .....	223
ff) Stellungnahme .....	224
aaa) Urteil in der Rechtssache <i>Prym</i> .....	225
d) Weitere Gesichtspunkte des Umsatzanteils.....	229
e) Ergebnis.....	230
2) Die Dauer der Zuwiderhandlung .....	230
3) Kritik an der Methode der Leitlinien 2006 .....	231
4) Stellungnahme .....	232
5) Der Zusatzbetrag gemäß Rn. 25 Leitlinien 2006 .....	233
6) Ergebnis zu § 2 .....	234
§ 3 Anpassungen des Grundbetrages .....	234
1) Erschwerende Umstände gemäß Rn. 28 Leitlinien 2006 .....	235
a) Die Wiederholungstäterschaft gemäß Rn. 28 1. Spiegelstrich Leitlinien 2006.....	236
aa) Mögliche Reaktionen auf die Feststellung der Wiederholungstäterschaft.....	236
aaa) Allgemeines .....	236
bbb) Stellungnahme .....	237
bb) Kritik an der Berücksichtigung der dezentralen Anwendung der Wettbewerbsregeln beim Rückfall .....	237
cc) Stellungnahme .....	237
dd) Das Fehlen einer Ausschlussfrist .....	239
aaa) Die Auffassung der Rechtsprechung.....	239
bbb) Kritik .....	239
ccc) Stellungnahme .....	240
ee) Gleichartige oder ähnliche Zuwiderhandlung eines Unternehmens .....	241
aaa) Kritik.....	241

bbb) Stellungnahme.....	242
ff) Rückfallhaftung von Finanzinvestoren?.....	242
b) Die Verweigerung der Zusammenarbeit mit der Kommission und die Behinderung der Untersuchung der Kommission .....	243
c) Die Rolle als Anführer oder Anstifter der Zuwiderhandlung .....	243
d) Zwischenergebnis.....	244
2) Mildernde Umstände gemäß Rn. 29 Leitlinien 2006.....	244
a) Die Beweislastverteilung gemäß Art. 2 VO 1 im Tatbestand der Sanktionsnorm.....	245
aa) Unvereinbarkeit der Beweislastumkehr mit der Unschuldsvermutung im Bußgeldverfahren.....	246
bb) Die Aufklärungspflicht der Kommission aus dem Grundsatz einer guten Verwaltung.....	247
cc) Stellungnahme .....	247
b) Die Verteilung der Beweislast im Rahmen der Ermessensentscheidung der Sanktionsnorm.....	248
aa) Kritik .....	248
bb) Stellungnahme .....	249
c) Sofortige Beendigung der Zuwiderhandlung.....	249
d) Zuwiderhandlung aus Fahrlässigkeit .....	250
e) Geringfügige Beteiligung an der Zuwiderhandlung .....	250
f) Zügiger und direkter Schadensausgleich.....	251
g) Die überobligationsmäßige Zusammenarbeit mit der Kommission .....	252
h) Beeinflussung des Marktverhaltens durch die Mitgliedstaaten .....	252
i) Einführung von Complianceprogrammen und Entlassung von verantwortlichen Mitarbeitern .....	253
aa) Stellungnahme .....	254
j) Ergebnis zu den mildernden Umständen .....	255
3) Aufschlag zur Gewährleistung einer abschreckenden Wirkung gemäß Rn. 30 Leitlinien 2006.....	255
a) Gründe für den Abschreckungsaufschlag .....	256
aa) Auffassung der Kommission und der Rechtsprechung.....	256
bb) Kritik .....	256
cc) Stellungnahme .....	257
b) Abschreckung und Gleichbehandlung .....	258
aa) Kritik gegen eine ungleiche Behandlung .....	258
bb) Auffassung der Rechtsprechung .....	258
c) Anwendungsbereich und Auswirkungen des Abschreckungszuschlages .....	259
aa) Stellungnahme .....	259
d) Der Zeitpunkt der Bewertung der Unternehmensgröße .....	260
e) Individuelle Bemessung beim Abschreckungszuschlag gemäß Rn. 30 Leitlinien 2006 .....	260
aa) Stellungnahme .....	261
4) Aufschlag zur Gewinnabschöpfung gemäß Rn. 31 Leitlinien 2006 .....	261

5)	Die Obergrenze gemäß Art. 23 Abs. 2 S. 2f. VO 1 und Rn. 32f. Leitlinien 2006 .....	263
a)	Vorangegangenes Geschäftsjahr .....	264
b)	Stellungnahme .....	265
c)	Kritik an der Bußgeldobergrenze .....	266
aa)	Die Nivellierung von Faktoren wie Dauer der Zuwiderhandlung und den erschwerenden und mildernden Umständen .....	266
bb)	Rechtsprechung .....	266
cc)	Stellungnahme .....	266
dd)	Kritik am Bezugspunkt Gesamtumsatz .....	267
ee)	Rechtsprechung .....	267
ff)	Stellungnahme .....	267
d)	Die mehrstufige Haftung bei der Sanktionierung von Unternehmensvereinigungen gemäß Art. 23 Abs. 4 VO 1 und Rn. 33 Leitlinien 2006 .....	267
aa)	Erste Stufe der gesamtschuldnerischen Haftung .....	268
aaa)	Die Bindungswirkung des Beschlusses gemäß Art. 81 Abs. 1 EG .....	268
bbb)	Die Ausnahme .....	268
bb)	Zweite Stufe der gesamtschuldnerischen Haftung .....	269
cc)	Dritte Stufe der gesamtschuldnerischen Haftung .....	269
dd)	Kritik .....	269
ee)	Stellungnahme .....	270
6)	Mitteilung über den Erlass und die Ermäßigung von Geldbußen in Kartellsachen, Rn. 34 Leitlinien 2006 .....	270
a)	Glaubhaftigkeit der belastenden Beweise .....	271
b)	Erlass oder Ermäßigung der Geldbuße .....	272
c)	Vereinbarkeit des Erlasses mit Art. 23 Abs. 2 S. 1 a und Abs. 3 VO 1 .....	274
d)	Stellungnahme .....	275
7)	Vergleichsverfahren in Kartellfällen .....	278
8)	Die Leistungsfähigkeit der Unternehmen gemäß Rn. 35 Leitlinien 2006 .....	279
a)	Kritik .....	280
b)	Stellungnahme .....	281
VIII. Kapitel: Die Berücksichtigung wirtschaftswissenschaftlicher Theorien zur sanktionsbewehrten Rechtsdurchsetzung im Wettbewerbssanktionsrecht .....		283
§ 1	Einleitung .....	283
§ 2	Die Theorie der optimalen Abschreckung .....	284
1)	Kritik .....	288
2)	Die Rechtspraxis im Wettbewerbssanktionsrecht .....	289
a)	Argumente für die Anwendbarkeit der Theorie der optimalen Abschreckung .....	290

aa)	Der Nutzenmaximierer.....	290
bb)	Die strengere Bestrafung geheimer Zuwiderhandlungen .....	290
cc)	Die präventive Straffunktion .....	291
dd)	Die Form der Sanktion.....	291
ee)	Die Abbildung der verursachten Schäden .....	291
ff)	Die möglichen Folgen der Anwendung der Theorie der optimalen Abschreckung für die Tätigkeit der Kommission in Wettbewerbsachen .....	292
gg)	Der Verzicht auf „unmoralische“ Zusatzinstrumente.....	292
b)	Argumente gegen die Theorie der optimalen Abschreckung und ihre Anwendbarkeit für die Geldbußen nach Art. 23 Abs. 2 S. 1 a VO 1.....	292
aa)	Das Verbotprinzip der Wettbewerbsregeln .....	292
bb)	Die Zielsetzung des EU-Wettbewerbsrechts .....	292
cc)	Die Formel zur Sanktionsbemessung nach der Theorie der optimalen Abschreckung .....	294
dd)	Die Minderung der Rechtsdurchsetzungskosten und die erhöhte Geldbuße.....	294
aaa)	Die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens als Grenze im Vergleich zum Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Sanktion .....	294
bbb)	Berücksichtigt die präventive Straffunktion nach der Theorie der optimalen Abschreckung den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz? .....	295
ccc)	Stellungnahme .....	295
ee)	Die Erhaltung der Marktstruktur und die sozialen Kosten hoher Geldbußen.....	296
ff)	Die Abschreckung und die Flexibilität der Sanktionsbemessung .....	296
gg)	Die fehlende Quantifizierbarkeit von Schaden und Entdeckungswahrscheinlichkeit.....	297
c)	Vergleich mit der Rechtspraxis in den Vereinigten Staaten von Amerika.....	300
d)	Zwischenergebnis.....	300
§ 3	Die Theorie der vollständigen Abschreckung .....	300
1)	Die Straftheorien Beccarias und Benthams bei der Untersuchung der Theorie der vollständigen Abschreckung .....	301
2)	Die vollständige Abschreckung .....	301
a)	Argumente für die Anwendung der Theorie der vollständigen Abschreckung bei der Bußgeldbemessung .....	303
aa)	Die Herleitung der generalpräventiven Wirkung und das Verbotprinzip der EU-Wettbewerbsregeln.....	303
bb)	Der Ausgangspunkt der Bußgeldbemessung.....	303
cc)	Der Umfang der Sanktion.....	303
dd)	Die mögliche Anpassung der Obergrenze gemäß Art. 23 Abs. 2 S. 2 und S. 3 VO 1 .....	303

b)	Argumente gegen die Anwendung der Theorie der vollständigen Abschreckung bei der Bußgeldbemessung im Wettbewerbssanktionsrecht.....	304
aa)	Der erwartete Gewinn.....	304
bb)	Die fehlende Messbarkeit des erwarteten Eigengewinns und der Entdeckungswahrscheinlichkeit .....	305
cc)	Die Sanktionsformel aus den Sozialwissenschaften bei der Rechtsanwendung.....	305
aaa)	Die Berücksichtigung der Entdeckungswahrscheinlichkeit im Wettbewerbssanktionsrecht .....	306
bbb)	Vergleich zwischen dem EU-Wettbewerbssanktionsrecht und den mitgliedstaatlichen Rechtsordnungen zur Anwendung der Sanktionsformel .....	307
ccc)	Die Entdeckungswahrscheinlichkeit in Beccarias und Benthams Straftheorien .....	308
	(1) Beccarias Straftheorie.....	309
	(2) Benthams Straftheorie .....	309
ddd)	Die Sanktionsbemessung bei Beccaria und Bentham und die Sanktionsformel.....	311
eee)	Die Strafzumessung bei Beccaria, Bentham und im Wettbewerbssanktionsrecht .....	312
fff)	Die Ermessensbeschränkung nach Art. 23 Abs. 2 S. 1 a VO 1 .....	314
ggg)	Der prozentuale Anteil vom produktbezogenen Umsatz und die Theorie der vollständigen Abschreckung.....	315
	(1) Stellungnahme .....	315
3)	Ergebnis zu § 3 .....	316
	Abkürzungsverzeichnis.....	325
	Literaturverzeichnis .....	327